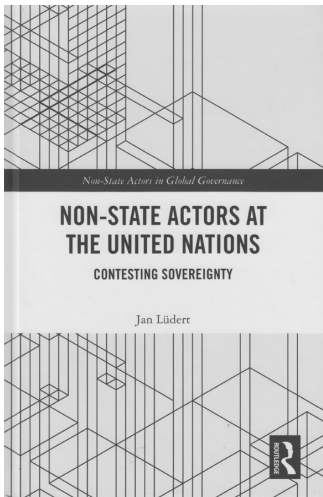


# Auf der Suche nach Anerkennung

Theodor Rathgeber



Jan Lüder

**Non-State Actors at the United Nations. Contesting Sovereignty**

London/New York:  
Routledge 2022, 232 S.,  
104,00 Brit. Pfund

Jan Lüder beschäftigt sich in seinem Buch mit den Aktivitäten nichtstaatlicher Akteure im Rahmen der Vereinten Nationen. Im Mittelpunkt steht die Frage, wie die UN als Plattform genutzt werden konnten, um den Souveränitätsanspruch des Staates zu wandeln. In einem empirisch reichhaltigen Rückblick zeichnet der Autor das Vorgehen insbesondere von nationalen Befreiungsbewegungen im Rahmen der Dekolonisierung sowie von indigenen Völkern ab den 1970er Jahren nach, wie sie ihren jeweiligen Anspruch auf Selbstbestimmung durchsetzen konnten. Plausibel und unter Verwendung einschlägiger Literatur wird die Wandelbarkeit des Begriffs staatliche Souveränität sowie die Durchlässigkeit der UN beschrieben, die nichtstaatlichen Akteuren ermöglicht, zu einem Staatenverbund überhaupt Zugang zu erlangen.

Die Aufarbeitung der Frage, wie der Staat seinen Souveränitätsanspruch einbüßen und Regierungshandeln seine Legitimation verlieren kann, konzentriert sich auf das Instrument der internationalen Menschenrechte. Per definitionem sind Menschenrechte Gegenstand internationaler Kooperation und bedeuten allein deswegen eine Einschränkung der staatlichen Souveränität – auch wenn einige Staaten dies regelmäßig bestreiten. Im Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte (International Covenant on Civil and Political Rights – ICCPR) wie im Internationalen Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte (International Covenant on Economic, Social and Cultural Rights – ICESCR) ist außerdem von Selbstbestimmung die Rede, in deren Genuss die Subjekte dieses Rechts in einem Vertragsstaat kommen sollten.

Der Begriff der Selbstbestimmung hätte allerdings trennschärfer analysiert werden sollen, um die historischen Er-

fahrungen der antikolonialen Befreiungsbewegungen und des Marsches indigener Völker durch die UN-Institutionen für heutige Intentionen nichtstaatlicher Akteure greifbarer zu entwerfen. Der Begriff der Selbstbestimmung erfasst bei den im Buch referierten Befreiungsbewegungen in der Nachkriegszeit unterschiedliche Reichweiten und Konsequenzen im Vergleich zur Selbstbestimmung, wie sie von indigenen Völkern vorgetragen wurde und wird. Die ersteren bildeten den neuen, unabhängigen Staat, die letzteren zielten und zielen überwiegend auf eine neue konstitutionelle Teilhabe am Staat.

Heutzutage entsteht aus einem solchen Ansinnen eine unterschiedliche politische Dynamik, wenn nichtstaatliche Akteure Verfahren und Instrumente der Streitschlichtung bei den UN für ihre Interessen in Anspruch nehmen. Die konzeptionelle Offenheit der Vereinten Nationen gegenüber antikolonialen Bewegungen ist zwar nach wie vor vorhanden und ihre Anliegen können über spezifische Gremien vorgetragen werden.

Um jedoch heutige Handlungsoptionen nichtstaatlicher Akteure einschätzen zu können, hätte sich das Buch auch mit der anderen zentralen Aufgabe der UN beschäftigen sollen, die mehr denn je im Vordergrund steht: Frieden zu sichern, Krieg zu verhindern, die territoriale Integrität der Staaten zu schützen. Unbeschadet gut beleumundeter Intentionen im Sinne der Verteidigung von Menschenrechten sehen sich nichtstaatliche Akteure zunehmend dem Vorwurf des Aufruhrs oder Aufstands ausgesetzt, der staatlicherseits mit antiterroristischen Gegenmaßnahmen beantwortet wird. Hier sind inzwischen andere Schranken für den Zugang nach New York oder Genf zu überwinden, als sie das Buch historisch beschreibt und konzipiert.